

Niederschrift

zur 8. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 09.12.2014	18:30- 21:05 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom, Martin Gollmer – Vertretung für René Benz

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter, Wolfgang Petenati – Vertretung für Rolf Hilke

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer, Kai Hamacher, Matthias Rudolph

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling, Jürgen Luban

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel - Vertretung für Herrn Lutz König

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Aplitz ab 18:40 Uhr zu TOP 6.1

Sachkundige BürgerInnen

Rolf-Peter Hooge, Esther Kirchner, Karsten Klemt

Verwaltung

Carsten Fettke, Katja Renner, Irina Retzlaff, Jürgen Roch, Christfried Tschepe

Gäste

Siegfried Daske u. Elke Neitsch (Behindertenbeirat), Gernot Alter, Uwe Stemmler (MOZ), weitere 10 interessierte Bürger/innen

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz

CDU-Fraktion

Rolf Hilke

FDP-Fraktion

Lutz König

Sachkundige BürgerInnen

Christian Dobe, Max Jelitto, Gordon Starcken

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 8. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 04.11.2014

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende erinnert an das **Konzept „Parkraum, Bewirtschaftung, Mobilität in der Innenstadt“**. Der Hauptausschuss hat in der letzten Sitzung die Vergabe des Innenstadtmanagements noch nicht beschlossen. Somit konnte bisher keine Zuarbeit des Büros für einen Workshop erfolgen.

Die SPD-Fraktion hatte sich nach ihren, auf der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2014 eingebrachten, Anträgen erkundigt. Der Vorsitzende informiert, dass der **Antrag „Tempo 30 zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr“** im Stadtentwicklungsausschuss gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zum selben Thema behandelt wurde. Die Anträge beider Fraktionen wurden miteinander verknüpft. Der **Antrag zum Ketschendorfer Anger** ist nicht als Änderungsantrag behandelt worden. Er müsse formal wieder in das Verfahren eingebracht werden. Es wird empfohlen, dass sich die SPD-Fraktion dazu abstimmt.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 "Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch" hier: Satzungsbeschluss 6/065

Herr Tschepe erläutert, dass es in Ergänzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes darum geht, Regelungen zur Zulässigkeit des Handels im Gewerbegebiet zu treffen.

Herr Hamacher erkundigt sich, warum erst jetzt eine Umsetzung erfolgt. Ein Einleitungsbeschluss wurde bereits im Jahr 2011 gefasst. **Herr Tschepe** informiert, dass dies den begrenzten Kapazitäten der Verwaltung geschuldet ist. Die entsprechende Sachbearbeiterin war in der Vergangenheit mit Projekten beschäftigt, die eine höhere Dringlichkeit hatten (z. B. die B-Plan Verfahren für die beiden Kita-Standorte auf der Ketschendorfer Feldmark).

Des Weiteren fragt **Herr Hamacher**, warum jetzt dieses Planerfordernis besteht und ob sich dort Jemand niederlassen möchte. **Herr Tschepe** erläutert, dass sich das Planerfordernis aus dem Beschluss des Einzelhandel- und Zentrenkonzepts aus dem Jahr 2009 ergibt. Ergänzend zum Textbebauungsplan, der über alle Baugebiete in Fürstenwalde Nord gelegt worden ist, gilt zugleich die Verpflichtung, dass festgesetzte Bebauungspläne an die Regelungen des Einzelhandels- und Zentrenkonzept hinsichtlich der Zulässigkeit von Einzelhandel anzupassen sind.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden ausschließlich Stellungnahmen ohne abwägungsrelevante Sachverhalte eingegangen sind. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2013 (GVBl. I S. 17), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2014 (BGBl. I S.1748), die 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 „Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch“, bestehend aus textlichen Festsetzungen (Teil A), als Satzung. Die Begründung (Teil B) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 10 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.2 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 22 "Bahnübergang J.-S.-Bach-Straße" hier: Satzungsbeschluss 6/066

Da ein Schreiben von Herrn Hajen (Wohnwelt Möbel GmbH) den Abgeordneten erst in der Sitzung übergeben worden ist, stellt **Herr Hamacher** den Antrag, die Drucksache zurückzustellen. Es wird Zeit benötigt, das Schreiben zu lesen und in den Fraktionen zu beraten.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Tagesordnungspunkt bei Beschluss einer Zurückstellung in der Sitzung am 20.01.2015 behandelt wird.

Herr Hamacher nimmt Bezug auf die Sachverhaltsdarstellung in der Drucksache. Dort steht, dass „... ein bestandsgeschützter Einzelhandelsbetrieb mit zentralrelevantem Sortiment dauerhaft gesichert werden soll ...“. Herr Hamacher erkundigt sich, welcher Betrieb hier gemeint ist. **Herr Tschepe** informiert, dass es sich um den dort vorhandenen Angelladen handelt.

Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache 6/066:

Ja 13 Nein 0 Enthaltungen 0

Die Drucksache ist somit zurückgestellt.

Zurückstellung

**TOP 6.3 5. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 "Neue Gartenstraße" hier: 6/068
Einleitungsbeschluss zur Änderung**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung der 5. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 „Neue Gartenstraße“.
2. Die 5. Änderung soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.4 Information über die Bürgerbeteiligung zur möglichen Erschließung von Grundstücken zwischen Martin-Luther-Straße u. Mozartstraße am 20.11.2014 - Empfehlung zum weiteren Vorgehen

Der Vorsitzende informiert, dass diese Veranstaltung nicht den „normalen“ Einwohnerversammlungen entsprechend durchgeführt worden ist, sondern in einer offenen Beteiligungsform. Bei den Bürger/innen wurde zu Beginn der Veranstaltung abgefragt, was ihnen an diesem Platz wichtig ist. Das Votum der Bürger/innen auf der Veranstaltung lautete, die Planungen zur Parzellierung und Bebauung einzustellen und den Platz in der jetzigen Form zu erhalten.

Herr Tschepe trägt die Argumente der Bürger/innen vor. Die entsprechende Präsentation ist Anhang der Niederschrift.

Herr Apitz erkundigt sich bei der Verwaltung, ob es auf der Fläche eine Bodenbelastung gibt, die evtl. Ursache für den schlechten Wuchs der Bäume sein könnte. **Herr Tschepe** erklärt, dass diese Fläche nie bebaut war. Diese Fläche ist als Grünfläche erhalten worden. **Herr Roch** ergänzt, dass die Bodenbelastung durch entsprechende Untersuchungen zu ermitteln wäre.

Herr Rudolph beantragt das Rederecht für Herrn Scharschmidt (Anwohner der Martin-Luther-Straße). Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag auf Rederecht für Herrn Scharschmidt zu. **Herr Scharschmidt** informiert über einen Besuch im städtischen Museum. Es gibt einen B-Plan von einem Berliner Architekturbüro von 1912. Im Zuge der Bebauung der Wohnblöcke in der Martin-Luther-Straße ist dieser Platz als Freifläche deklariert. Des Weiteren liegt ein Stadtplan von 1934 vor, in dem die Fläche bereits als Grünfläche ausgewiesen ist.

Herr Hoffrichter und **Frau Radom** weisen auf das eindeutige Votum der Anwohner hin, die Freifläche als Platz zu erhalten. **Herr Luban** und **Herr Apitz** schließen sich dem an. Herr Apitz weist auch auf die mögliche soziale Inakzeptanz hin, da eine Bebauung von den Anwohnern nicht gewünscht ist.

Herr Hemmerling ist für eine Bebauung in kleinen Einheiten, die sich der vorhandenen Bebauung in der Umgebung anpassen.

Herr Fischer äußert sich im Namen der Fraktion BFZ zur Bürgerveranstaltung. Die frühzeitige Beteiligung wird positiv anerkannt. Sehr kritisch sieht die BFZ, dass der Ausschussvorsitzende die Veranstaltung plante und moderierte, ohne vorherige Absprache mit den Ausschussmitgliedern. Als nicht tragbar sieht die BFZ den ergebnisoffenen Ausgang der Veranstaltung. In diesem Zusammenhang erkundigt sich die BFZ, inwieweit die Verwaltung die Fläche bereits Investoren angeboten hat. **Herr Tschepe** informiert, dass Interessenten bei der Stadt bzgl. dieser Fläche angefragt haben. Hier ging es um ein privates Interesse, dort Wohngrundstücke zu kaufen. Bzgl. der Durchführung der Veranstaltung erläutert Herr Tschepe, dass der Termin abgesprochen war und in der Sitzung am 04.11.2014 vorgeschlagen wurde.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder um ein Votum für die vorgestellten Varianten.

Abstimmung über den Auftrag an die Verwaltung, die Planung zur Bebauung des Martin-Luther-Platzes einzustellen: Ja 11 Nein 1 Enthaltung 1

Somit ist mehrheitlich beschlossen, die Planung für eine Bebauung des Martin-Luther-Platzes einzustellen.

TOP 6.5 Information zu den Ergebnissen des Klimatisches am 09.10.2014

Herr Roch weist auf das vorhandene Integrierte Klimaschutzkonzept hin (siehe Anlage der Niederschrift). Dieses wurde im Jahr 2011 beschlossen. Seitdem gab es bereits mehrere Klimatisch-Veranstaltungen. Das Klimaschutzkonzept enthält die Handlungsempfehlung, dieses alle fünf Jahre zu überarbeiten. Zukünftig gibt es vom Bund für Evaluationen im Klimabereich Fördermittel. Auch im Haushalt sind die nötigen Mittel dafür einzustellen. Die Kosten für das damals erarbeitete Klimaschutzkonzept betragen ca. 30 Tsd. Euro. Davon wurden 75 % gefördert.

Aus den Meinungsäußerungen und Anregungen der Ausschussmitglieder geht folgender Auftrag an die Verwaltung hervor:

- **Das bestehende Klimaschutzkonzept soll evaluiert und überarbeitet werden.**
- **Ein eventueller Schwerpunkt kann die detaillierte Potenzialanalyse für Fürstenwalde Nord sein.**
- **Die notwendigen Mittel sind in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.**

Herr Rudolph bittet außerdem, um einen Sachstand der bisherigen Umsetzung im Vorfeld der Evaluierung.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass gemäß dem Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung vom 06.11.2014 die Verwaltung eine **Überarbeitung der Planung zum Mitfahrerparkplatz Ketschendorfer Anger** veranlasst. Die Überarbeitung der Planung wird in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 20.01.2015 vorgestellt.

Des Weiteren geht Herr Tschepe auf eine Anfrage von Herrn Rudolph zur **FGL Baugenehmigung** ein und erläutert, dass es bei der Erweiterung von FGL vor einigen Jahren keine Auflagen im Hinblick von Verkehrserschließungen gegeben hat.

Zur **Antragssituation** erklärt Herr Tschepe, dass die neue geplante Verfahrensweise so läuft, dass Anträge der Fraktionen zuerst in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden. Die Stadtverordnetenversammlung verweist dann in die Fachausschüsse. Die Fachausschüsse beraten über die Anträge. Die abschließende Beschlussfassung findet dann in der Stadtverordnetenversammlung statt.

Bzgl. des zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden angesprochenen Antrags der SPD zum Thema Durchfahrverbote und Tempo 30 km/h zeigt Herr Tschepe anhand einer Folie **potentielle Straßen für eine Tempo 30-Regelung**. Die Folie ist Anhang der Niederschrift.

Ein erster Abschnitt im Ausbau Ost wurde in „**Morgenländerweg**“ umbenannt.

Herr Tschepe stellt die **Vorplanung zur Radwegplanung Lindenstraße** (Anschluss Lindenstraße –

L168, Varianten 1 - 3) vor. Siehe Anhang der Niederschrift.

Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich für Variante 2. Die Verwaltung wird dementsprechend weiterarbeiten.

Herr Roch informiert, dass die **Solarleuchte an der Bushaltestelle in der Braunsdorfer Chaussee** installiert ist.

Die Vorbereitungen zur **Abnahme des ersten Bauabschnittes in der August-Bebel-Straße** in Fürstenwalde Süd laufen bereits. Am 16.12.2014 findet der Abnahmetermin statt.

Herr Roch bittet, **Anfragen** der Abgeordneten bzw. der Fraktionen direkt **an das Stadtverordnetenbüro** (Frau Koch) zu richten. Von dort aus werden die Anfragen an die Fachabteilungen weitergeleitet.

Herr Fettke informiert über städtische Hochbauprojekte:

- Hortneubau am Heuweg, Richtfest am 17.12.2014 um 14:30 Uhr
- Jugendgästehaus, neue Vorhänge werden derzeit aufgehängt
- Kita Kunterbunt, das Bad wird behindertengerecht umgebaut
- Feuerwehr Mitte, die Arbeiten an den Dachflächenfenster beginnen diese Woche

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Im Rahmen des Tages „Gegen Gewalt gegen Frauen“ erkundigt sich **Frau Radom**, ob die Möglichkeit besteht, ein Banner am Alten Rathaus zu befestigen. Herr Tschepe sagt, dass dies möglich ist.

Des Weiteren weist **Frau Radom** darauf hin, dass die Haltestelle „Altstadt“ mit grobem Kies befestigt ist. Es hat sich herausgestellt, dass dadurch der Schnee nur sehr schlecht beseitigt werden kann. **Herr Tschepe** informiert, dass die Verwaltung eine Bestandsaufnahme für alle Haltestellen erstellt hat. Die Haltestelle „Altstadt“ ist dort sehr weit oben auf der Prioritätenliste für einen Ausbau.

Herr Apitz teilt mit, dass die Oberfläche der Verkehrsinsel am Fußgängerüberweg in der Rauener Straße (im Bereich August-Bebel-Straße) überholungsbedürftig ist. Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und wird dies prüfen.

Herr Rudolph bezieht sich auf die Verfahrensweise zur Antragsstellung durch die Fraktionen an die Stadtverordnetenversammlung. Das Verfahren sei inkonsequent, weil Drucksachen der Verwaltung direkt in den Fachausschuss eingebracht werden können und nicht zuerst in die Stadtverordnetenversammlung müssen. **Der Vorsitzende** erläutert, dass der Vorschlag zur Verfahrensweise aus der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Geschäftsordnung kommt. **Herr Tschepe** ergänzt, dass die Einbringung der Drucksachen erst in die Stadtverordnetenversammlung zu erheblichem Zeitverzug führen könnte.

Herr Fischer gibt den Hinweis, dass es seitens der BFZ-Fraktion eine Eingabe bei der Kommunalaufsicht bzgl. der Entscheidung vom 06.11.2014 zum **Ketschendorfer Anger** gibt. Ein Antrag von Herrn Dippe wurde übergangen. Herr Fischer erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand. **Herr Tschepe** kann keine neuen Informationen zum Stand mitteilen. Die Planungen sollen im Sinne der Diskussionen und Beschlüsse weitergeführt werden.

Herr Fischer teilt mit, dass der Zustand der Krausestraße vor der neuen Kita in einem schlechten Zustand ist. **Herr Roch** sagt, dass die Straße wieder in den Zustand versetzt werden muss, wie sie auch als Sandstraße funktionsfähig war. Gefahrenstellen müssen wieder geglättet werden. Die Fachgruppe Straßen und Grünflächen ist hierfür zuständig.

Die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss ergab, dass die Ausschussmitglieder mehrheitlich zu der Meinung kommen, dass der Ausbau der Krausestraße hohe Priorität hat.

Zum Abriss der alten Pneumanthalle an der Langewahler Straße äußert **Herr Fischer**, dass dies unprofessionell durchgeführt worden ist. **Herr Roch** informiert, dass es sich hier um die Halle der ehemaligen Ingenieurschule am Pneumantforum handelt. Die Arbeiten wurden als Nachtrag zum Rückbau der Biogasanlage in den Verwertungsauftrag eingegeben. Für die gewonnenen Wertstoffe erhält die Stadt einen entsprechenden Erlös. Der Abriss war, durch eine ständige Gefahrensituation für dort spielende Kinder, notwendig. Das Grundstück gehört zur Hälfte der Stadt und zur Hälfte einem privaten Eigentümer.

Bzgl. der Straße an der Bäderbahn erkundigt sich **Herr Fischer**, für welchen Zeitraum die Verpflichtung gilt, diese Straße nicht zu bauen. **Herr Tschepe** erläutert, dass im Zusammenhang mit dem Ausbau der L35 Süd (August-Bebel-Str.) das Land wissen wollte, wie die Kreuzung im Bereich Alte Langewahler Chaussee zu dimensionieren ist. Von der Stadt wurde eine Aussage gefordert, dass in einem bestimmten Zeitraum keine Anbindung der Langewahler Chaussee in Richtung Tränkeweg vorgenommen wird, in der Annahme, dass nach so einer Durchbindung, der Verkehr deutlich zunimmt. Wäre eine dauerhafte Straße an der Bäderbahn fachlich erforderlich und politisch gewollt, sei das jederzeit möglich. Für die Ausgestaltung und Verkehrslenkung seien zuvor aber neue Verkehrsuntersuchungen auf aktueller Datengrundlage erforderlich.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet um 21:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung, verabschiedet die Gäste und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Stephan Wende

Katja Renner

Vorsitzender

Schriftführerin